

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

21.03.2024

Inhalt

EWN

1 Forscher untersuchen von Rostock aus Ostsee-Pipelines <i>Ostsee-Zeitung - Grevesmühlener Zeitung, 21.03.2024</i>	3
2 Einkommenssituation in MV Mecklenburg-Vorpommern: Land der guten Arbeit oder Niedriglohnland? <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 20.03.2024</i>	5
3 Eine Allianz für Kernkraft in Europa <i>tagesschau.de, 21.03.2024</i>	6

 Ostsee-Zeitung - Grevesmühlener Zeitung | 21.03.2024 | S. 17

 Auflage: 5.638 | Reichweite: 17.878

 Jakob Grafe

NEUES AM OCEAN TECHNOLOGY CAMPUS

Forscher untersuchen von Rostock aus Ostsee-Pipelines

Unternehmen Subsea Europe Services zieht in die Hansestadt an den Ocean Technology Campus

Schäden an Pipelines oder Offshore-Windparks: Das Forschungsunternehmen Subsea Europe Services vermisst und kontrolliert maritime Infrastruktur in der Ostsee. Die Firma aus dem Großraum Hamburg zieht nach Rostock an den Ocean Technology Campus. Warum die Arbeit so wichtig ist und weshalb die Wahl auf Rostock fiel.

Ein neues Forschungsunternehmen zieht es nach Rostock: Am Ocean Technology Campus im Fischereihafen soll künftig die neue Firmenzentrale der Subsea Europe Services (SES) sitzen. „Rostock ist deutschlandweit der attraktivste Standort für Unterwasserforschung“, sagt Sören Themann, Geschäftsführer der SES.

Das 2019 gegründete Unternehmen entwickelt autonome Messsysteme, welche unter Wasser, vor allem in der Nordsee und der Ostsee, zum Einsatz kommen. In erster Linie wird der Meeresboden vermessen.

„Wir kontrollieren, ob es Schäden an bereits bestehenden Pipelines, Kabeln oder anderen Strukturen im Wasser gibt. Zudem prüfen wir, ob bestimmte Orte für beispielsweise Offshore-Windparks geeignet sind“, berichtet Themann. „Durch solche Kontrollfahrten schützen wir die maritime Infrastruktur.“

Seit dem Anschlag auf die Nord-Stream-2-Pipeline 2022 hat die Arbeit von Unternehmen wie SES vor allem im Nord- und Ostseeraum noch mehr an Relevanz gewonnen. Laut Themann werden Bereiche von LNG-Terminals, Offshore-Windparks, Häfen und Kabeltrassen vermessen und auf Schäden kontrolliert.

Zum Einsatz kommt dabei eine eigens von SES entwickelte Messtechnik: Das unbemannte Oberflächenfahrzeug der SES vom Typ „Mantas T12“ wird weiterentwickelt und ist zu Testzwecken im Fischereihafen in Rostock bereits im Einsatz gewesen. „Wir sind dabei, uns eine kleine Flotte an solchen Oberflächenfahrzeugen aufzubauen“, sagt der Geschäftsführer.

Diese Version des „Mantas T12“ sei derzeit noch ein

Prototyp. Es messe die Entfernung von der Unterseite des Fahrzeuges bis zum Meeresboden, sagt Frank Niemeyer, der Leiter der Forschung und Entwicklung bei SES. „Dies funktioniert über Schallwellen. Je nachdem wie lange der Schall braucht, um am Meeresgrund zu reflektieren und wieder zum Fahrzeug zu kommen, gibt uns das Aufschluss über die Entfernung zum Grund und was sich am Meeresboden befindet.“

Der „Mantas T12“ sei sehr effizient, erklärt er. Denn er benutzt ein sogenanntes „Fächerecholot“. Hierbei werden bis zu 1024 Schallwellen zeitgleich in Richtung Meeresboden geschickt, um großflächigere Gebiete zugleich aufzuzeichnen. Kosten des Geräts: etwa eine halbe Million Euro. Mehrfach war der „Mantas T12“ bei Offshore-Windparks in der Nordsee im Einsatz, um zu kontrollieren, ob die unter Wasser verlegten Seekabel beschädigt sind.

Dabei wird beispielsweise auf Krater am Meeresboden geachtet, welche durch eine Explosion entstanden sein und dabei maritime Infrastruktur beschädigt haben könnten. Auch wenn ein Seekabel geknickt sein sollte, kann das der „Mantas T12“ laut Niemeyer feststellen.

Eine weitere Aufgabe von SES: Das Unternehmen kartiert den Meeresboden der Nord- und Ostsee, um herauszufinden, was sich am Grunde des Meeres befindet. Oft werde Munition aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt, auch Wracks oder andere Gerätschaften. Hier drängt die Zeit, erklärt SES-Mitarbeiterin Agata Feldens. „Munitionsreste fangen mit der Zeit an zu rosten und zersetzen sich unter Wasser. Die gelösten Stoffe sind häufig sehr giftig für die Meeresumwelt.“

Eine große Fördersumme in Höhe von 15 Millionen Euro ist für mehrere Projekte des Ocean Technology Campus 2024 geplant. Eines dieser Projekte - das „OTC-Stone Project“ - wird unter anderem von SES geleitet. In dem Projekt entwickelt SES zusammen mit zwei anderen Unternehmen eine künstliche Intelligenz (KI), die in Sonardaten automatisch Steine erkennen, zählen und zuordnen kann. Dies würde die detaillierte Kartierung der Nord- und Ostsee stark vereinfachen. Geschäftsführer Themann ist überzeugt von dem Standort Rostock. „Es gibt immer mehr interessante Start-ups, und immer mehr Kooperationen mit anderen Unternehmen bieten sich an“, erzählt er. Frank Niemeyer erzählt, dass SES eng mit dem Fraun-

hofer SOT zusammenarbeitet. Zudem steht man mit anderen Firmen, wie Framework Robotics, die modulare Unterwasserfahrzeuge herstellt, im Austausch.

Zudem sei die Nähe zu gleich mehreren Häfen und Testzentren sehr attraktiv. Aktuell beschäftigt das Unternehmen knapp 20 Mitarbeiter, in den nächsten Jahren sollen etwa 50 qualifizierte Arbeitsplätze bei SES geschaffen werden.

Rostock ist deutschlandweit der attraktivste Standort für Unterwasserforschung. Sören Themann, Geschäftsführer Subsea Europe Services

EINKOMMENSITUATION IN MV

Einkommensituation in MV Mecklenburg-Vorpommern: Land der guten Arbeit oder Niedriglohnland?

„Gerade in Zeiten der Krise muss Politik entschlossen agieren. Das hat die MV-Koalition in den vergangenen zweieinhalb Jahren unter Beweis gestellt. Indem wir beispielsweise für gute Löhne sorgen.“ Das Zitat stammt aus einem Statement von Julian Barlen, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, zur Halbzeitbilanz der rot-roten Landesregierung. Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz werde dafür gesorgt, dass öffentliche Aufträge nur noch an diejenigen Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter nach Tarif oder tarifgleich bezahlen. „Das ist gut für die Beschäftigten, stärkt die Unternehmen im Wettbewerb um knappe Fachkräfte und schützt die Wirtschaft vor unfairem Wettbewerb durch Dumping.“

Wovor es indes nicht schützt: Mecklenburg-Vorpommern – das die Regierungskoalitionäre auf dem Weg zum „Land der Guten Arbeit“ sehen – ist das Bundesland, in dem gemessen an der Gesamtzahl der Berufstätigen die meisten Menschen zu Niedriglöhnen arbeiten. Aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge verdienen hier von 608.000 Beschäftigten 166.000 (27,3 Prozent) weniger als 14 Euro Brutto pro Stunde, 110.000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmer (18 Prozent) bekommen sogar Stundenlöhne, die unter 13 Euro liegen. Zum Vergleich: Im Bundesschnitt verdienen 21,1 Prozent aller Beschäftigten weniger als 14 und 14,2 Prozent weniger als 13 Euro pro Stunde.

Niedriglohnsektor im Osten größer als in Westdeutschland

Dabei ist der Niedriglohnbereich in den neuen Bun-

desländern deutlich größer als in den alten: Während sich in Westdeutschland lediglich 20,6 Prozent der Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 14 und 13,9 Prozent mit weniger als 13 Euro pro Stunde zufriedengeben müssen, sind es in Ostdeutschland 25 bzw. 16,1 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern ist mit deutlichem Abstand Schlusslicht. Schleswig-Holstein (23,7 bzw. 16,9 Prozent), Thüringen (25,8 bzw. 16,5 Prozent) und Brandenburg (24,6 bzw. 16,5 Prozent) reihen sich davor ein.

Sarah Wagenknecht: Rot-Rot ist herbe Enttäuschung für Arbeitnehmer

„Mecklenburg-Vorpommern hat den größten Niedriglohnsektor Deutschlands. 166.000 Beschäftigte verdienen in MV unter 14 Euro. 27,3 Prozent! Viele liegen sogar unter 13 Euro. Rot-Rot ist bisher eine herbe Enttäuschung für Arbeitnehmer in MV“, kommentiert die Vorsitzende und Namensgeberin des Bündnisses Sarah Wagenknecht. Ihrer Meinung nach müsste es aus Schwerin mehr politischen Druck beim Thema Mindestlohn geben. Seit Jahresbeginn 2024 liegt der gesetzliche Mindestlohn bei 12,41 Euro brutto pro Stunde – ein Anstieg um 41 Cent. Noch einmal 41 Cent sollen zum 1. Januar 2025 dazukommen.

„Geht mehr als jeder Vierte mit weniger als 14 Euro nach Hause, lohnt sich Arbeit immer weniger“ meint Sarah Wagenknecht „Niedriglöhne befördern das Arbeitskräfteproblem und belasten die Allgemeinheit. Wir brauchen zum 1. Juli einen Mindestlohn von mindestens 14 Euro. So könnten auch Steuer- und Beitragszahler in MV entlastet werden.“

tagesschau.de | 21.03.2024 | Reichweite: 20.598.735

Paul Vorreiter

WEBLINK

ATOMGIPFEL IN BRÜSSEL

Eine Allianz für Kernkraft in Europa

Die Internationale Atomenergiebehörde und Belgien laden heute zu einem Gipfel. Ihr Ziel: Kernkraft soll ein dauerhafter Bestandteil des Energiemixes in Europa bleiben - unter anderem dank Reaktortechnik, die es noch nicht gibt.

Sie wünschen sich eine strahlende Zukunft in der europäischen Energieversorgung: Vor rund einem Jahr hatte sich eine Allianz aus anfangs elf europäischen Staaten zusammengetan, die auf dem Feld der zivilen Nutzung und Forschung der Kernenergie zusammenarbeiten wollen. Inzwischen ist die Allianz auf 14 Mitglieder angewachsen. Sie bilden damit eine Mehrheit unter den EU-Staaten.

Beim Atomenergiegipfel in Brüssel wollen die Staats- und Regierungschefs heute die Potenziale der Atomkraft diskutieren. Eingeladen zu dem Treffen im Vorfeld des EU-Gipfels haben Belgien, welches die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, sowie die Internationale Atomenergiebehörde IAEA. Unter den Gästen sollen unter anderem Kommissionspräsidentin von der Leyen, Frankreichs Präsident Macron sowie der niederländische Premier Rutte sein.

Frankreich baut aus, Polen steigt erst ein

Angeführt wird die Allianz von Frankreich, das rund 65 Prozent seines Stroms aus Kernkraft bezieht. Ziel ist es, die in Europa installierte Leistung von Kernkraftwerken bis 2050 auf 150 Gigawatt zu steigern - ein Plus von rund 50 Prozent verglichen mit dem Status Quo.

Insgesamt zwölf der 27 EU-Mitgliedsstaaten betreiben Kernkraftwerke, in nur zwei Ländern sind Atomkraftwerke aktuell im Bau, in der Slowakei und in Frankreich, das in den kommenden Jahren sechs Anlagen bauen will. Zur Allianz gehören außerdem die Niederlande und Belgien, die ihre ursprünglichen Ausstiegspläne wieder aufgehoben beziehungsweise verschoben haben, und eine Reihe osteuropäischer Staaten - darunter Polen, das erst den Einstieg in die Atomenergie plant und sich vor allem eine günstige Energiequelle als Alternative zur Kohle erhofft. Bulgarien, Finnland, Rumänien planen weitere Reaktoren, eben-

so Schweden. Deutschland hatte seine letzten drei AKW Mitte April 2023 abgeschaltet.

EU stuft Kernenergie teils als nachhaltig ein

Die EU ist in der Frage der Atomkraft in zwei Lager gespalten. Die Nuklear-Befürworter können einige Erfolge vorweisen: Der Net Zero Industry Act, das EU-Förderprogramm, das dem US-amerikanischen Inflation Reduction Act etwas entgegengesetzt soll, wurde für die Atomenergie geöffnet. Auch gilt Kernenergie im Rahmen der sogenannten EU-Taxonomie unter bestimmten Voraussetzungen als nachhaltig, was den Zugang zu Investitionen erleichtern soll. Für die Branche ist das entscheidend, da sie ohne staatliche Subventionen kaum überleben kann.

Frankreichs AKW-Betreiber Electricité de France steckt tief in den Miesen. Die Atomallianz setzt deshalb nicht nur auf zukünftige Investitionen. Es geht auch darum, bestehende Projekte zu sichern. Mycle Schneider, Herausgeber des jährlichen World Nuclear Industry Status Report, verweist darauf, dass Atomenergie sich im Vergleich zu anderen Stromgewinnungs-Technologien im Markt nicht behaupten könne: "Wenn wir uns anschauen, wo investiert worden ist, dann sind allein im Solarbereich Kraftwerke in der Größenordnung von 440 Gigawatt ans Netz gegangen. Das heißt, dort wird massiv investiert."

Reaktor-Bauprojekte: Teuer und langwierig

Investitionen in die Atomkraft gelten als riskant: Veranschlagte Projektkosten ufern regelmäßig aus. Ebenso wird die durchschnittliche Bauzeit von zehn bis 15 Jahren meist überschritten.

Prominentes aktuelles Beispiel: die Doppel-AKW-Anlage Hinkley Point C im Vereinigten Königreich. Zu

Baubeginn lagen die projizierten Kosten bei gut 20 Milliarden Euro. Auf Grundlage der heutigen Preise erreicht das AKW bereits Kosten von rund 50 Milliarden Euro. Statt 2025 dürfte der erste der zwei Reaktoren wohl erst in den 2030er Jahren ans Netz gehen.

Ein weiteres Beispiel ist der finnische Reaktorblock Olkiluoto III, der ursprünglich nach vier Jahren fertig sein sollte, aber erst 14 Jahre später ans Netz ging und mehr als doppelt so teuer wurde.

AKW der Zukunft: Kleine modulare Reaktoren

Ein alternatives AKW-Konzept soll Risiken und Kosten zumindest in der Theorie senken: Sogenannte small modular reactors, auch SMR genannt, also kleine modulare Reaktoren, die nur etwa eine Leistung von bis zu 300 Megawatt elektrisch (MWe) erreichen. Zum Vergleich: Ein konventionelles Kraftwerk erreicht im Schnitt 1200 MWe. Der Vorteil bei diesen Minikraftwerken liegt also in der Skalierung.

Bereits in den 1950er Jahren als atomare Antriebstechnologie für Militär-U-Boote angedacht, gelangen kleine modulare Reaktoren immer wieder in die öffentliche Diskussion. Die mit ihnen verbundene Hoffnung: SMR sollen leichter, günstiger und zahlreicher gebaut werden können als konventionelle AKW. Ener-

giepolitikanalyst Mycle Schneider ist skeptisch - denn noch existiert kein einziger SMR in Betrieb: "Das sind Powerpoint-Reaktoren. Zum größten Teil gibt es sie noch nicht mal auf Papier, sondern es sind schöne Bildchen. Wenn wir das vergleichen mit Vorläuferentwicklungen zum Beispiel im großen Druckwasserbereich, kann man nur feststellen, dass es Jahrzehnte dauert, bis ein solches Kraftwerk ans Netz geht."

Industrieallianz der EU-Kommission

Am weitesten fortgeschritten war ein Projekt des Herstellers NuScale Power Corporation im US-Bundesstaat Idaho, das jedoch vorzeitig gestoppt wurde. Auch hier überstiegen die Kosten die ursprüngliche Planung. Das Unternehmen bezweifelte außerdem, Abnehmer für den Strom zu finden.

In der EU ist der Traum von den SMR noch nicht ausgeträumt: Die EU-Kommission hat eine Industrieallianz zur Förderung ins Leben gerufen. Sie soll die Einführung kleiner modularer Reaktoren bis Anfang der 2030er Jahre beschleunigen und damit auch helfen, die Klima-Ziele des Europäischen Green Deal zu erreichen. Den SMR einen Schub zu verleihen, dürfte eines der Signale sein, welches vom heutigen Nuklearenergieipfel ausgehen soll.